

AL Info⁴ / 24

3 Mitglieder der Kreisschulbehörde im Gespräch: Nicole Wyss fühlt Markus Müller und Claudio Baldi, die neu für die AL im Amt sind, auf den Zahn.

5 Die AL fordert die Abschaffung des Langzeitgymis und reicht eine Motion im Kantonsrat ein. Fraktionspräsidentin Judith Stofer erläutert das Vorhaben.

7 ewz-Bonus für alle! Die neu lancierte AL-Initiative beruht auf einem Vorstoss im Gemeinderat. Mehr dazu von Gemeinderat Christian Häberli.

AZB
CH-8004 Zürich
Post CH AG

Mietrecht: Angriff stoppen

Am 24. November fällt ein Richtungsentscheid. Die ImmoLobby will die Rechte der Mieterinnen und Mieter aushöhlen und das Terrain für noch höhere Mieten vorbereiten.

Für die Abstimmungen haben die schamlosen Abzocker:innen den «Bund für mehr Wohnraum» gegründet. Er verkauft die Deregulierung von Miet-, Bau- und Umweltrecht als Antwort auf die Wohnungskrise. Die ImmoLobby strebt die schrittweise Demontage einer der wichtigsten Sozialschutzgesetzgebungen an. Am 24. November wird über die ersten zwei Mietrechts-Vorlagen abgestimmt.

1 Recht auf Untermiete aushöhlen

Künftig soll Untermiete nur noch mit schriftlicher Zustimmung der Vermieter:in und befristet auf zwei Jahre erlaubt sein. Heute kann eine Untervermietung verweigert werden, wenn dabei ein zu hoher Mietzins verlangt wird. Neu gibt es eine nicht abschliessende Liste von Verweigerungsgründen. Untervermietenden, die ihren Meldepflichten nicht nachkommen oder falsche Angaben machen, droht die ausserordentliche Kündigung (Kündigungsfrist 30 Tage, keine Erstreckung möglich).

2 Kündigungen erleichtern

Heute ist eine Kündigung wegen Eigenbedarf für Verwandte und Verschwägerete der Vermieter:innen nur zulässig, wenn nachgewiesen werden kann, dass der Eigenbedarf dringend ist. Neu soll ein «bedeutender» und «aktueller» Eigenbedarf genügen, um die Erstreckung des Mietverhältnisses auszu-schliessen oder stark zu verkürzen. Heute können Mieter:innen eine Eigenbedarfs-

kündigung bei der Schlichtungsbehörde anfechten, wenn der Verdacht besteht, dass der Eigenbedarf nur vorgetäuscht wird oder nicht dringlich ist. Künftig wird es der Schlichtungsbehörde kaum noch möglich sein, den angeblich «aktuellen» Eigenbedarf aufgrund von Fakten zu prüfen.

Fortsetzung bereits geplant

Die nächsten Vorlagen zur Demontage des Mietrechts hat die Rechtskommission des Nationalrats am 16. August 2024 verabschiedet. Es geht um zwei parlamentarische Initiativen des vor kurzem als Nationalrat und HEV-Präsident zurückgetretenen Hans Egloff. Stramm dafür gestimmt hat Mitte-Rechts. Noch nicht festgelegt hat sich die glp. Egloff will Folgendes:

3 Anfangsmiet-Anfechtung erschweren

Die Anfechtung der Anfangsmiete soll nur noch zugelassen werden, wenn die Mieter:innen den Vertrag mit dem zu hohen Mietzins aufgrund einer persönlichen oder familiären «Notlage» abgeschlossen haben. Bisher genügte alternativ auch die angespannte Lage auf dem lokalen Wohnungsmarkt als Begründung. Absehbar ist, dass die heute schon tiefe Zahl von Anfangsmietzinsanfechtungen – 2023 waren es im Kanton Zürich 286 Verfahren – reduziert und ihre dämpfende Wirkung auf die explosive Mietpreisentwicklung abgeschwächt würde.

4 Erhöhung der Mieten auf die «Orts- und Quartierüblichkeit»

Die zweite Egloff-Vorlage will die

Voraussetzungen schaffen, dass Bestandesmieten an die Marktmieten angepasst werden können. Dies wäre sowohl bei Neuvermietungen als auch – mit rechtlichen Einschränkungen - in laufenden Mietverhältnissen möglich.

Institutionelle Anleger lobbyieren seit langem dafür, dass Mietzinsstatistiken für die Anpassung von Bestandes- an Marktmieten anerkannt werden. Lobbyist Egloff will deshalb ins Mietrecht schreiben, dass «genügend differenzierte amtliche oder branchenetaillierte Statistiken zum Nachweis (der Orts- und Quartierüblichkeit) zuzulassen» sind.

Die Mietpreisstatistik der Stadt Zürich zeigt eindrücklich, was das für Folgen hätte. Der Median aller Bruttomieten der nicht gemeinnützig bewirtschafteten 4-Zimmer-Wohnungen lag 2022 bei 2400 Franken. Bei mehr als 20 Jahren alten Mietverträgen betrug die Bruttomiete 1852 Franken. Bei Neubezug (bis zu 2 Jahren Mietdauer) wurden dagegen 3671 Franken verlangt.

Jetzt den Riegel schieben!

Am 24. November geht es nicht nur um ein paar Detailfragen. Wenn die Kampagne des Mieterinnen- und Mieterverbandes und seiner Verbündeten Früchte trägt und die ersten beiden Vorlagen abgelehnt werden, dürfte die Lust der Immobilienlobby auf weitere Abenteuer nachlassen. Wenn nicht, werden wir 2025 eine Doppel-Abstimmung gewinnen müssen, um zu verhindern, dass der von der Verfassung garantierte Schutz vor missbräuchlichen Mietzinsen zur Farce verkommt.

Walter Angst, AL-Vorstand

Parolen

Abstimmungen vom 24. Nov. 2024:

BUND	
EFAS	NEIN
Autobahn-Ausbau	NEIN
Mietrecht: Untermiete	NEIN
Mietrecht: Kündigung Eigenbedarf	NEIN

STADT ZÜRICH

Volksinitiative «Bezahlbare Wohnungen für Zürich»	
A. Direkter Gegenvorschlag	JA
B. Indirekter Gegenvorschlag	JA
Volksinitiative «Tschüss Genderstern!»	
	NEIN
«Areal VZA1», UBS-Gebäude	
	NEIN
Abgangsleistungen an Behördenmitglieder	JA
Ersatzneubau Rathausbrücke	JA

Termine

Dienstag, 29. Oktober, ab 19.00 Uhr:

Vollversammlung der AL Zürich mit Inputs zu den Kommunalwahlen 2026 und alles rund um den Skandal «Bühre» und das politische Engagement der AL.

Alle aktuellen AL-Termine sind jeweils online abrufbar auf unserer Homepage unter: www.al-zh.ch

Impressum

Alternative Liste (AL) Molkenstr. 21, 8004 Zürich, www.al-zh.ch
Sekretariat Christian Caspar, Dafina Gash, Molkenstr. 21, 8004 Zürich
 sekretariat@al-zh.ch
 Tel. 044 242 19 45 / 076 577 45 19
Erscheint 4 bis 6 mal jährlich
Auflage/Druck 1800 Ex.,
 Oesch Reliefdruck AG
Layout Christian Caspar, Dafina Gash
Redaktion Christian Caspar, Dafina Gash, Lisa Letnansky, Andrea Leitner, Rosa Maino, Niklaus Scherr

AL-Info ist das offizielle Publikationsorgan der Alternativen Liste. Der Abonnementspreis von CHF 10 ist im Mitgliederbeitrag enthalten.

Wechsel im Sekretariat

Ich war Ende 2020 gerade frisch im Vorstand am Schnuppern, als die Bewerbungen für die Neubesetzung einer Sekretariatsstelle liefen, und ich erinnere mich noch gut an die Erleichterung jener, welche die Gespräche führten, als sie Dafina kennenlernten.

Nach und nach, als ich ihr selbst begegnete, konnte ich die Erleichterung gut nachvollziehen. Der Laden lief. Dafina sah, was zu tun ist, erledigte die Dinge strukturiert und unaufgeregt oder teilte direkt und frühzeitig mit, wenn einem Anspruch nicht entsprochen werden konnte – unter zuweilen stoischer Hin-nahme des Unmuts der enttäuschten Anspruchsstellenden.

Sie startete zum wohl konflikträch-tigsten Zeitpunkt unserer 4-Jahres-Zyklen, der Wahlkampagne für die Gemeinderatswahlen. In einem Moment, wo wir uns regelmässig ein wenig neu erfinden wollen, um eine kommunikative Basis für den Wahlzyklus zu legen. In einer Zeit der Verlustängste und Wachstumshoff-nungen. Dafina fand rasch den Einstieg, sodass sie sich auch bei den nachfolgenden Nationalratswahlen als Co-Wahl-kampfleiterin bewähren konnte.

Neben der praktischen, professionel-

len Führung des AL-Sekretariats studier-te Dafina die Führung öffentlicher und gemeinnütziger Organisationen an der ZHAW und schloss im August dieses Jahres mit Bravour ab. Dass nach knapp vier Jahren im Sekretariat und mit den neuen, im Studium erlangten Fähigkeiten nun auch der Wunsch nach einer berufli-chen Veränderung kommt, ist nachvoll-ziehbar, aber für die AL bedauerlich.

Die engagierte, selbstorganisierte, strukturierte Arbeitsweise, wie sie bereits im Bewerbungsprozess vermutet wurde, war damals nicht der einzige Grund für den Entscheid für Dafina. Auch ihr politi-sches Verständnis überzeugte uns – und umgekehrt das der AL offenbar auch sie.

Dass sie wiederholt zum Ausdruck gebracht hat, dass sie sich gerne weiterhin für die Partei engagieren möchte, wenn-gleich mehr nach Lust als nach Seki-Prioritätenliste, macht den Abschied ein wenig leichter für uns. So wird Dafina bald auch im Wortsinne auf der Strasse stehen: am Unterschriften sammeln für unsere EWZ-Bonus-für-alle-Initiative – eine tolle Gelegenheit, sie wiederzusehen.

Bis dahin: alles Gute, Dafina!

Michael Schmid, AL-Vorstand und Gemeinderat

Tung!

Tung heisst auf Albanisch Hallo sowie Tschüss. So sage ich nach fast vier Jahren als Politische Sekretärin der AL: Tung.

Nach 18 von mir mitproduzierten «AL Info»-Ausgaben nutze ich auch die Gele-genheit, mich persönlich bei der Leser-schaft, AL-Mitgliedern und AL-Sympis zu bedanken und zu verabschieden. Danke fürs eifrige Mitlesen, Mitmachen und Mitgestalten! Auch in anstrengenden Zeiten war es doch immer eine Freude, dass ich so vielseitige und wichtige Aufga-ben für meine Lieblingspartei tätigen durfte. Bei der AL habe ich viel gelernt: Die richtige Kommunikation von erfreu-lichen und unerfreulichen Nachrichten. Die Mobilisierung von Menschen für wichtige und unwichtige Anliegen. Das Durchsetzen meines eigenen Willens, ohne dass es Leute bemerken. Zusätzlich konnte ich charismatische Autoritätspersonen von ganz nah beobachten. Ich besitze nun die idealen Voraussetzungen,

um eine Sektenführerin zu werden. Ich freue mich, den optimalen Einsatz dieser erworbenen Kompetenzen bei der nächs-ten AL-Feier oder Unterschriftensamm-lung zu diskutieren!

Dafina Gash, Politische Sekretä-rin, Redaktionsmitglied



Wechsel im Sekretariat der AL: Dafina Gash verlässt das Seki Ende Oktober

KSB-Mitglieder im Gespräch

Nicole Wyss, Kantonsrätin und Mitglied der Kreisschulbehörde (KSB), im Gespräch mit den neuesten KSB-Mitgliedern der AL, Markus Müller und Claudio Baldi, über ihre Aufgaben: Die Schule als kleines Kaleidoskop der Gesellschaft zu beobachten.

Nicole: Lieber Claudio, lieber Markus, ihr beide seid die neugewählten AL-Schulpfleger. Wenn ihr an eure eigene Schulzeit zurückdenkt, was kommt euch als erstes in den Sinn?

Claudio: Als erstes kommt mir mein Schulzimmer in Zürich Witikon in den Sinn. Es war im oberen Stock und mit schönem Ausblick auf den Zürisee.

Markus: Bei mir sind es ganz viele peinliche Momente, um ehrlich zu sein. Es ist ja eine lange Zeit, die man in der Schule verbringt. Jede mit ihrer eigenen Schwierigkeit.

Nicole: Wenn ihr einen Wunsch frei hättet, was würdet ihr in der Schule als erstes ändern und warum?

Markus: Nur einen? Ich würde dem Langzeitgymnasium an den Kragen: Es kann nicht sein, dass ich als Kind in der 5. Klasse bereits unter Notendruck leide und das erste Zeugnis in der 6. Klasse schon zu einer Sein-oder-Nichtsein-Frage stilisiert wird. Dann der Prüfungsstress mit der Gymprüfung, die darauf folgende Selektion und weniger Diversität in der Sek und im Gymi. Und wozu? Um ein Jahr schneller an der Uni zu sein? Das Kurzzeitgymnasium reicht aus – und das sehen auch andere Kantone so.

Claudio: Als erstes würde ich unnötigen Druck aus dem System «Schule» ablassen. Das kann Druck sein, der von den Eltern kommt, den sich die Schüler:innen selber machen oder der von unserem Schulsystem ausgeht. In Zürich ist hier sicher die frühe Selektion nach der sechsten Klasse ein Thema. Aber ich bin auch immer wieder erstaunt über den Stellenwert, den Eltern und dann häufig auch deren Kinder den Schulnoten in den ersten Schuljahren geben.

Nicole: Die Abschaffung des Langzeitgymis in Zürich ist ein langjähriges Anliegen der AL. Vor kurzem haben wir im Kantonsrat eine Motion dazu eingereicht. Leider haben die anderen linken Parteien nicht mitunterzeichnet. Auf politischer Ebene bleiben wir auf jeden Fall dran. Ihr seid nun beide mit eurem neuen Mandat gestartet. Wie ist euer erster Eindruck aus den Klassenzimmern?



Die neuen KSB-Mitglieder oder wie es früher hiess «Schulpfleger» Markus (links) und Claudio (rechts)

Markus: Also ich schaue mir natürlich nicht nur Klassenzimmer, sondern auch Horte und spezielle Räume an (lacht). Die Kinder sind vielfältig und ihre Beschreibung würde den Rahmen sprengen. Ich treffe auf viel Idealismus von Seiten des Lehr- und Betreuungspersonals. In meinem Schulhaus läuft es gut, gerade weil das Personal, oft auch unter schwierigen Umständen, das Beste für die Kinder herausholt. Das Problem ist primär die Infrastruktur. Zudem habe ich das Glück, dass die Schulleitung nahe beim Lehrkörper ist und sich stets weiterentwickelt hat. Und die Lehrpersonen legen viel Eigeninitiative an den Tag. Das wird natürlich nicht überall so sein.

Claudio: Im Gegensatz zu Markus konnte ich leider noch keine Schulbesuche machen. An den Besuchsmorgen meiner Kinder in der Primarstufe war mein Eindruck bis jetzt aber immer, dass vieles richtig läuft. Ich erlebe engagierte und liebevolle Lehrer:innen, die den Schultag abwechslungsreich und spannend gestalten. Besonders beeindruckt mich die Inklusion von Kindern mit besonderen Bedürfnissen. Ich habe bei meinen eigenen Kindern gesehen, wie viel auch sie davon profitieren, mit Kindern, die «anders» sind, in die Schule zu gehen. Aber ich sehe auch, wie viele Ressourcen für eine gute Inklusion nötig sind und dass diese oft nicht in genügendem Mass vorhanden sind.

Nicole: Ihr Lieben, vielen Dank für das tolle Gespräch! Wir freuen uns sehr, dass wir euch als Mitglieder der Kreisschulbehörde gewinnen konnten, und auf den weiteren Austausch mit euch.

Interview: Nicole Wyss

Dieses Interview wurde gekürzt und ist in der vollen Länge auf al-zh.ch zu lesen.

AL-Buchtipps:



Daniel Gnägi empfiehlt Hengameh Yaghoobifarah, Ministerium der Träume, Blumenbar, ISBN: 978-3-351-05087-0. Unfall, Suizid oder doch Mord?

Dieser Frage versucht Nasrin nach dem plötzlichen Tod ihrer Schwester auf den Grund zu gehen. Dabei wird sie neben den Herausforderungen ihrer Gegenwart auch mit ihrer traumatischen Vergangenheit konfrontiert: Nach dem Tod ihres Vaters im Iran suchte ihre Familie in Deutschland Zuflucht, nur um dort statt Frieden neue Formen von Ausgrenzung und Gewalt zu erfahren. Der Roman springt geschickt zwischen diesen Zeitebenen, wodurch Nasrins Wunden aus der Vergangenheit besonders deutlich werden. Während sie nach Erklärungen für den Tod ihrer Schwester sucht, übernimmt sie auch die Erziehung von Parvin, der pubertierenden Tochter ihrer Schwester, was regelmässig zu skurrilen Momenten führt. Diese durchbrechen den engen Rahmen in Hengameh Yaghoobifarahs' Debütroman und schaffen ein Werk, das trotz seiner Tiefgründigkeit zugänglich bleibt.



Ivona Susnja empfiehlt: Suter, Martin, Der Elefant, Diogenes, ISBN: 978-3-257-24470-0.

«Der Elefant» von Martin Suter gehört zu meinen Lieblingsbüchern. Suter erzählt hier eine ungewöhnliche Geschichte über einen kleinen, rosa-farbenen Elefanten und einen obdachlosen Mann aus Zürich, der durch diese Begegnung in ein Abenteuer gerät. Dabei geht es um ein Netzwerk von skrupellosen Genforschern und korrupten Geschäftsleuten. Es stellt sich die Frage, wie weit Wissenschaft und Technik gehen dürfen und welche ethischen Grenzen überschritten werden, wenn Profit im Vordergrund steht. Suter verknüpft in diesem Buch menschliche Schicksale mit wissenschaftlichen Themen, wodurch die Handlung sowohl spannend als auch berührend ist. Mit seinem klassischen Schreibstil regt er nicht nur dazu an, über moderne Technologien und ihre Auswirkungen nachzudenken, sondern betont auch die Werte von Mitgefühl, Verantwortung und Freundschaft.

Keine frühe Bildung ohne Kitas

Seit das neue Volksschulgesetz 2006 in Kraft getreten ist, beginnt die Schule im Kanton Zürich und den meisten anderen Kantonen mit 4 Jahren. Vor dem Schuleintritt ist Bildung Privatsache. Gewisse bürgerliche Kreise finden das wahlweise sehr gut, denn «die Erziehung meines Kindes ist meine Sache!» Oder sie finden das schlecht, wenn es um Immigrierte geht: «Die sollen mit ihren Kindern gefälligst Deutsch sprechen.» Ab dem Schuleintritt ist vieles geregelt und vereinheitlicht.

Die Schüler:innen besuchen den Unterricht während 5 Tagen. Die Gemeinden sind verpflichtet, Betreuungsangebote zur Verfügung zu stellen. Es gibt JOKERTAGE und über die Schulferien und die Feiertage entscheidet die Gemeinde. Das Volksschulgesetz regelt die Klassengrösse, den Anteil Heilpädagog:innen und Deutsch als Zweitsprache. Und bis zum Lehrpersonenmangel konnte man davon

ausgehen, dass die Kinder von Lehrpersonen unterrichtet werden.

In der Kitalandschaft herrscht momentan jedoch Wildwuchs. Die Bandbreite der Löhne ist erschreckend. Die vorgeschriebenen Gruppengrössen werden oft nicht eingehalten. Junge werden als Praktikant:innen mit wenig Lohn regelrecht ausgebeutet. Gleichzeitig wird der Dienstleistungscharakter ausgebaut. Es gibt Kitas, die die Eltern via App regelmässig darüber informieren, was ihr Kind gerade tut, und das fotografisch festhalten. Der Kapitalismus regelt's. Und so ist es nicht erstaunlich, dass die Kette globegarden, von zwei HSG-Abgänger:innen gegründet, fortwährend kleinere Kitas verdrängt.

Wir wissen, dass es für die sprachliche Entwicklung der Kinder grundlegend ist, die Erstsprache als eine vielfältige, emotionale, lustige, hilfreiche, tröstende,

interessante und experimentierende Art der Kommunikation zu erleben. Wir wissen, dass Kinder aus sozioökonomisch schwierigen Verhältnissen schlechtere schulische Leistungen zeigen oder diese von Lehrpersonen als schlechter eingestuft werden. Soziale Sicherheit ist der Schlüssel zum Bildungserfolg. Bezahlbare Wohnungen und Mindestlöhne sind für unser Bildungssystem deshalb immanently wichtig, besonders für die frühe Bildung.

Darüber hinaus sind Kitas Orte der Sozialisation, der Gemeinschaft und des Lernens. Mit dem Kita-Gesamtarbeitsvertrag in der Stadt Zürich werden wir Sicherheit und Stabilität für das Personal und auch für die Kinder schaffen.

Wir brauchen gute Kitas für jene, die diese besuchen. Und wir sollten unter keinen Umständen denken, dass nur die Kinder der anderen dieses Lernangebot in den Kitas benötigen.

Sophie Blaser, AL-Gemeinderätin

Lose-Lose-Situation für alle

Am 22. September lehnte das Stimmvolk die Änderung des Bildungsgesetzes mit 54.36% Nein-Stimmen knapp ab. Damit ging es dem fremdenfeindlichen Narrativ der Rechten auf den Leim und blockiert die Integrationsziele des Bundes.

Das Ja-Komitee bestand nicht nur aus linken Parteien und zivilgesellschaftlichen Organisationen, sondern auch aus Mitte, GLP und EVP. Trotzdem entschied sich eine Mehrheit des nicht-städtischen Stimmvolks, der fremdenfeindlichen Hetzkampagne von Rechts zu folgen. «Gratis-Studium für abgewiesene Asylanten» titelte die SVP auf ihrer Website und das SVP-nahe Egerkinger Komitee verteilte gar Flyer mit dem Titel «Gratis-Studium für abgewiesene Islamisten?» – ein Verstoß gegen das Antidiskriminierungsgesetz, der geahndet werden muss.

Schlecht fürs Gewerbe

Das Resultat dieser populistischen

Stimmungsmache ist nicht nur für junge Geflüchtete ein herber Rückschlag. Die bürgerlichen Parteien hätscheln mit ihren Slogans nämlich nicht nur das Narrativ von den unrechtmässig in der Schweiz lebenden Geflüchteten, die dem Staat auf der Tasche liegen. Sie verkennen sträflich, dass Stipendien auch bei Berufslehren beantragt werden können. Die Abschaffung der Wartefrist für Stipendien hätte so dem Fachkräftemangel entgegenwirken können (jährlich bleiben rund 10'000 Lehrstellen im Kanton unbesetzt) und den jungen Geflüchteten dabei geholfen, möglichst schnell auf eigenen finanziellen Beinen zu stehen, anstatt Sozialhilfe zu beziehen – was wiederum die Gemeinden entlastet hätte.

Hürde für berufliche Integration

Von der Ablehnung des Bildungsgesetzes hat also wirklich niemand was: weder die Geflüchteten noch der Kanton

oder die Gemeinden. Dass die berufliche Integration von Geflüchteten prioritär sein muss, hat der Bund auch in seiner Integrationsagenda festgehalten. Er setzt den Kantonen darin das Ziel, dass zwei Drittel aller 16-25-jährigen vorläufig Aufgenommenen nach fünf Jahren eine Ausbildung absolvieren sollen. Der permanente Druck, ein existenzsicherndes Einkommen zu erzielen, führt oft dazu, dass sie sich für Jobs im Tieflohnsektor entscheiden, anstatt eine Ausbildung zu beginnen. Der Zugang zu Stipendien hätte vorläufig Aufgenommene gleichgestellt und diese negativen Anreize abgebaut. Wir fordern von den Gemeinden und vom Kanton nun eine klare Strategie, wie sie die Integrationsziele erreichen und die jungen Geflüchteten bei der beruflichen Integration unterstützen wollen.

Lisa Letnansky, AL-Kantonsrätin und Redaktionsmitglied

Starke Oberstufe ohne Langzeitgy mi

Kaum hatte die AL-Kantonsratsfraktion die Motion zur Abschaffung des Langzeitgymnasiums im Kanton Zürich eingereicht, fragte der Tagesanzeiger noch am selben Tag seine Leserschaft: «Sind Sie für oder gegen die Abschaffung des Langzeitgymnasiums?»

Rund 4500 Leser:innen stimmten ab. Fast die Hälfte (49%) votierte für die Abschaffung des Langzeitgymnasiums. Auch in den Kommentaren hielten sich Befürworter:innen und Gegner:innen in etwa die Waage. Die Hauptargumente der Abschaffungsgegner:innen: Stärkere Schüler:innen würden ohne Langzeitgymnasium noch stärker vernachlässigt, die Schulqualität sinke dann insgesamt und das Leistungsniveau nivelliere sich nach unten.

Für eine starke Volksschule

Die AL steht seit ihrer Gründung vor mehr als 30 Jahren für ein starkes, öffentliches, unentgeltliches und somit chancengerechtes Bildungssystem ein. Ziel von Bildung muss sein, alle hier lebenden Menschen zur Partizipation in Gesellschaft, Kultur und Politik zu befähigen. Alle Kinder und Jugendlichen sollen in der obligatorischen Schulzeit dieselbe Schule besuchen. In der Volksschule sollen nicht nur Lehrpersonen unterrichten, sondern Kinder und Jugendliche sollen auch voneinander und miteinander lernen. Mit unserem Vorstoss bezwecken wir eine Stärkung der elfjährigen, unentgeltlichen Volksschule. Die Abschaffung des Langgymnasiums im Kanton Zürich ist ein erster Schritt zu einer chancengerechteren Gesamtschule. Aus diesem Grund setzt sich die AL auch für ein einheitliches Oberstufensystem ein, das den Bedürfnissen der einzelnen Schüler:innen gerecht wird. Leistungsstarke Schüler:innen können nach der Oberstufenzeit weiterhin in ein Kurzzeitgymnasium wechseln.

Selektionsdruck nimmt zu

Im Kanton Zürich läuft alles darauf hinaus, das Langzeitgymnasium noch mehr von der Volksschule abzukoppeln und noch elitärer zu gestalten. Die Maturitätsquote wird seit Jahren künstlich tief gehalten (sie liegt bei rund 20 Prozent). Mit dem seit 2023 in Kraft gesetzten neuen Prüfungsreglement wird der Übertritt von der sechsten Primarklasse ins Langzeitgymnasium weiter erschwert. Mit dem neuen Prüfungsreglement reagiert der Kanton Zürich auf die steigenden Zahlen

von Schüler:innen, die ins Langzeitgymnasium wechseln wollen. Gemäss neuem Reglement muss ein Durchschnitt von Vornote (Deutsch & Mathematik im Zwischenzeugnis Januar/Februar) und Prüfungsnote (Deutsch: Sprachbetrachtung & Aufsatz sowie Mathematik) von mindestens 4.75 erreicht werden.

Damit steigt der Selektionsdruck nach der 6. Primarklasse weiter an. Der Kanton Zürich gehört zu den zehn Kantonen in der Schweiz, die noch ein Langzeitgymnasium kennen und wo der Selektionsdruck bereits nach der 6. Primarschule, also schon für zwölfjährige Kinder beginnt. Unterschiedliche Studien zeigen, dass die Selektion aus neurologischer Sicht zu früh und zu einem denkbar schlechten Zeitpunkt erfolgt, nämlich genau dann, wenn die Kinder in die Pubertät kommen.

Über die Köpfe der Kinder hinweg

Wie der im März 2024 veröffentlichte «Schulleitungsmonitor Schweiz 2023 – Befunde zu Selektion und Kommunikation» der Pädagogischen Hochschule FHNW (Fachhochschule Nordwestschweiz) deutlich macht, ist eine Mehrheit der befragten Schulleiter:innen aus den Kantonen Zürich, Aargau, Bern, Luzern und St. Gallen der Ansicht, dass eine Selektion nach der 6. Primarschulklasse aus entwicklungspsychologischer Sicht zu

früh stattfindet und die meisten Kinder noch zu unerfahren seien, um beim Selektionsverfahren angemessen mitentscheiden zu können. Zudem sei das Übertrittsverfahren für die Kinder sehr belastend. Eine Mehrheit der Befragten stimmte zu, auf die Selektion nach der 6. Klasse zu verzichten.

Nicht das Portemonnaie soll entscheiden

Verschiedene Forschungsarbeiten weisen darauf hin, dass diese frühe Selektion zu Diskriminierungen von sozioökonomisch benachteiligten und/oder fremdsprachigen Kindern führt. Kinder von Eltern, die studiert haben, wechseln überproportional häufig ins Langzeitgymnasium. Diesen Befund bestätigt auch die Bildungsdirektion in ihrer Antwort auf die Anfrage 91/2024 «Effektivität und Effizienz der Zürcher Gymnasien?». Diskriminierend wirkt sich auch aus, dass die Unentgeltlichkeit der elfjährigen Volksschulzeit mit dem Übertritt ins Langzeitgymnasium nicht mehr gegeben ist. So müssen die Eltern Schulmaterial, Lehrmittel, elektronische Geräte, Exkursionen, Fremdsprachenaufenthalte, Klassenlager, Schulreisen usw. selber bezahlen. Damit bestimmt auch das Portemonnaie der Eltern über die Schulkarriere der Kinder und Jugendlichen.

Judith Stofer, AL-Kantonsrätin



Haben Gymiprüfungen in der 6. Klasse bald ein Ende? (Bild: der Bund)

Wer kann sich Dietikon noch leisten?



Vor einiger Zeit sagte mir jemand: «Dietikon ist gebaut.» Ich antwortete ihm: «Passen Sie auf, Dietikon wird neu gebaut.» Dies passiert heute

vielfach in Dietikon. Dietikon wuchs in den 1950er- und 1960er-Jahren sehr rasch vom Bauerndorf zur Agglomerationsstadt. Von 10'000 auf 20'000 Einwohner:innen dauerte es gerade neun Jahre. Heute sind es 28'000. Aus den Boomjahren gibt es noch viele recht günstige Wohnungen, die jetzt durch Neubauten ersetzt werden. Für viele Mieter:innen der alten Wohnungen sind die Mieten in den Ersatzneubauten nicht mehr erschwinglich, und sie können oft nicht mehr in Dietikon wohnen bleiben. Ich kenne Leute, die in den Aargau wegziehen.

Die AL fordert daher, dass bei Gestaltungsplänen mit einer baulichen Mehrausnützung ein Teil der Wohnungen preisgünstig und dauerhaft nach dem System der Kostermiete vermietet wird. Damit meinen wir nicht pseudo-«preisgünstige» Wohnungen, die bloss zum durchschnittlichen Marktpreis angeboten werden, wie sie die SBB mit dem Stadtrat für die Neuüberbauung am Bahnhof vereinbart hat. Allerdings sind auch Wohnungen in Kostermiete nicht immer billig, wie etwa die Neuüberbauung Entenbad der Schächli Baugenossenschaft als Negativbeispiel zeigt. Dort kostet eine 4.5-Zimmerwohnung, wie sie Familien benötigen, zwischen 2'931 und 3'305 Franken. Will man nicht mehr als 30% des Einkommens für die Wohnung ausgeben, muss man rund 130'000 Franken pro Jahr verdienen. Solche Wohnungen sind für viele unerschwinglich. Einwohner:innen und Einwohner, die in ihrem Beruf für uns alle wichtige Arbeiten zu einem kleinen Lohn verrichten, werden aus Dietikon und oft gar aus dem Kanton Zürich vertrieben.

Darum sind zusätzliche Massnahmen nötig. Wir brauchen unbedingt mehr subventionierte Wohnungen. Hier muss die Stadt Hand bieten. Nur so können wir verhindern, dass viele Leute aus Dietikon vertrieben werden. Auf dieses Ziel wird die AL in der kommenden Zeit hinarbeiten.

Ernst Joss, AL Dietikon

Warum wir Utopien brauchen

Neulich sass ich mit Freund:innen zusammen und wie so häufig kamen wir bei einem Glas Wein auf die aktuelle Politik zu sprechen. Von lokalen zu nationalen und internationalen Themen. So kamen wir auf den US-Wahlkampf zu sprechen sowie die Show und gegenseitigen Angriffe, die diesen auszeichnen. Wie sich US-Politiker:innen nur noch gegenseitig schlecht reden, anstatt eigene positive Visionen zu entwickeln.

Im Laufe der Diskussion wurde uns bewusst, wie häufig wir uns in endlosen Debatten über das politische Tagesgeschäft verlieren und wie selten auch wir uns die grundlegenden Fragen stellen: Wie wollen wir in Zukunft zusammenleben? Welche Werte sollen unsere Gesellschaft prägen? Wie können wir eine gerechtere und nachhaltigere Welt gestalten?

Dabei sind doch genau diese Utopien so wichtig, um Menschen für linke Politik zu begeistern. Die Linke ist in der aktuellen Lage jedoch primär damit beschäftigt, sich gegen soziale Rückschritte zu wehren. Wir kämpfen gegen Sozialabbau, gegen Klimawandel, gegen Diskriminierung, gegen Kapitalismus. So wichtig diese Kämpfe sind – sie allein reichen nicht aus. Zu oft werden wir als Überbringer:innen schlechter Nachrichten wahrgenommen, anstatt als Gestalter:innen einer besseren Zukunft. Was wir brauchen, sind mutige, inspirierende Ideen, die den Menschen Hoffnung geben und sie motivieren, sich politisch zu engagieren. Wir müssen zeigen, dass eine andere Welt möglich ist – und wie sie aussehen könnte.

In unserer kleinen Gruppe kamen wir schnell zum Schluss, dass unsere Utopie eine klassenlose Gesellschaft ist. Und der

erste Schritt, die erste Vision auf diesem Weg ist eine Gesellschaft, in der alle menschlichen Grundbedürfnisse bedingungslos erfüllt werden. Wohnen, Essen, Gesundheitsversorgung und Bildung sollten jedem Menschen zur Verfügung stehen – ohne Profitinteressen, ohne bürokratische Hürden. Ähnlich wie wir heute den Zugang zu sauberem Trinkwasser als Menschenrecht betrachten, sollten wir daran arbeiten, dass die Menschen diese fundamentalen Lebensbereiche als Gemeingut verstehen.

Dabei ist auch wichtig, die Menschen daran zu erinnern, dass die AL bereits viel Positives in diese Richtung erreicht hat. Diese Erfolge zeigen, dass wir durchaus in der Lage sind, konkrete Verbesserungen für die Menschen zu erreichen. Sie sollten uns ermutigen, noch grösser zu denken und noch ambitioniertere Ziele anzustreben.

Ich habe mir zumindest vorgenommen, diese Vision bei all meinen politischen Entscheidungen im Hinterkopf zu behalten und sie in Diskussionen, Podien und Reden immer wieder anzusprechen. Auch soll sie mein Kompass sein, wenn ich mich im Dickicht des Tagesgeschäfts zu verlieren drohe. Gleichzeitig möchte ich alle Menschen in der AL dazu ermutigen, grosse Utopien zu entwickeln. Wir müssen den Menschen zeigen, wofür wir stehen – nicht nur, wogegen wir kämpfen. Nur so können wir sie wirklich begeistern und motivieren, sich für eine bessere Welt einzusetzen. Lasst uns gemeinsam daran arbeiten, unsere Visionen Wirklichkeit werden zu lassen – Schritt für Schritt, Tag für Tag.

**Roman Hugentobler,
AL Winterthur**



Zeig mir die Stadt Winterthur in einem linken Utopia (Bild: DALL-E / ChatGPT)

ZKB und Bitcoin



Am 4. September hat die Zürcher Kantonalbank mit der Einführung von Bitcoin und Ethereum ihren Einstieg in die Kryptowährungen bekannt gegeben.

Auf ihrer Webseite schweigt sie jedoch elegant

über die kritischen Aspekte von Kryptowährungen. Insbesondere für das Klima ist der auf Proof-of-Work-Algorithmus basierende Bitcoin ein Problem:

Gemäss den geläufigsten Berechnungsmodellen beläuft sich der weltweite Stromverbrauch des Bitcoin-Netzwerks zurzeit auf rund 140 bis 170 TWh pro Jahr. Damit hat der Bitcoin einen doppelt so grossen Stromhunger wie die gesamte Schweiz. Da diese Energie natürlich nicht aus extra errichteten Windrädern stammt, sondern beispielsweise auch aus günstigem Kohlestrom aus Kasachstan, ist der Bitcoin eine regelrechte Klimasau. So wird der jährliche CO₂-Fussabdruck des Bitcoin-Netzwerks je nach Modell auf

rund 70 bis 96 Megatonnen geschätzt. Damit beträgt er für eine einzelne Bitcoin-Transaktion bis zu 400 kg CO₂ und ist damit gleich schädlich wie ein Flug von Zürich nach Istanbul. Dazu kommt der hohe Verschleiss an Mininghardware sowie der hohe Wasserverbrauch. Somit ist für uns klar, dass die ZKB mit diesem Einstieg in die Kryptowährungen eindeutig gegen das neue ZKB-Gesetz verstossen hat, dass einen klaren CO₂-Reduktionsauftrag enthält.

Für die AL steht fest, dass die Klimafrage auch vor der Finanzbranche nicht Halt machen darf: Wir haben daher den Einstieg in Proof-of-Work-basierende Kryptowährungen in einer Fraktionserklärung klar kritisiert und danach mit einer Anfrage nachgedoppelt. Wir warten nun gespannt auf die Erklärung der Zürcher Kantonalbank, welche Gedanken sie sich zu den klimatechnischen Auswirkungen von Bitcoin gemacht hat, oder ob sie, was leider eher zu befürchten ist, dies schlichtweg ignoriert hat.

Manuel Sahli, AL-Kantonsrat

Volksinitiative: ewz-Bonus für alle



Die Vollversammlung hat am 24. September 2024 die Volksinitiative «ewz-Bonus für alle – 80 Millionen Franken Volksdividende» lanciert.

Sie fordert, dass 80 Millionen Franken aus dem

ewz-Rekordgewinn von 2024 an die Kund:innen der Grundversorgung rückerstattet werden. Für 2024 erwartet der städtische Energieversorger ewz einen Gewinn von 355 Millionen Franken. Dieser stammt vor allem aus dem Energiehandel. Das ewz wird auch 2024 80 Millionen Franken an die Stadtkasse abliefern.

Mit der Volksinitiative will die AL die Kund:innen der Grundversorgung am guten Geschäftsgang des ewz beteiligen. Sie haben in den letzten Jahren die regulierten Tarife bezahlt. Grosskund:innen auf Vertragsbasis konnten bis 2021 von den tieferen Marktpreisen profitieren. Der beantragte Bonus in Höhe von 80 Millionen Franken stellt eine Volksdividende dar, sind die Kund:innen doch auch

Mitbesitzer:innen des städtischen Elektrizitätswerks.

Bei rund 235'000 Kund:innen ergibt das einen Betrag von 340 Franken pro Haushalt und Gewerbebetrieb. Für über 90 Prozent aller Steuerpflichtigen bringt der Bonus mehr als eine 3-prozentige Steuerfusssenkung.

Mit ihrem Vorstoss knüpft die AL an die von ihr lancierten ewz-Bonusaktionen der Nullerjahre an. Statt Tarifgeschenke für Grossbezüger:innen forderte Niklaus Scherr 2001 einen einheitlichen, bezugsunabhängigen Bonus für alle, scheiterte aber mit 91 zu 12 Stimmen von AL und Grünen. Erfolg hatte dagegen die 2002 eingereichte Einzelinitiative von Isa Maiorano «Strompreisrabatt für alle!»: Im März 2003 beantragte der Stadtrat die «Ausschüttung ausserordentlicher Gewinne des Elektrizitätswerks als befristete Bonusaktion». Für die Jahre 2003 – 2014 gab es für tarifgebundene Kund:innen einen Bonus zwischen 7% und 16% des Strombezugs. Insgesamt wurden über 500 Millionen Franken rückvergütet.

Christian Häberli, AL-Gemeinderat

Unbequem & links

19. August: Mit einer Anfrage erkundigt sich Judith Stofer zum Stand der Datenerhebung zur Prostitution im Kanton Zürich.

19. August: Nach der Ablehnung des «Axp-Vertrags» in Schaffhausen fordern AL und SP in einer gemeinsamen Fraktionserklärung, dass im zu überarbeitenden Vertrag eine Privatisierung verbindlich ausgeschlossen wird.

28. August: Gestützt auf eine AL-Motion bewilligt der Gemeinderat 2.5 Mio Franken für ein Pilotprojekt für medizinisch indizierte soziale Verschreibungen (social prescribing). Gleichzeitig überweist er ein AL-Postulat für ein Pilotprojekt mit Freundschafts-Bänkli, das bei psychischen Problemen eine niederschwellige Beratung durch geschulte Laienhelfer:innen erlaubt.

4. September: Christian Häberli, David Garcia Nuñez und Tanja Maag reichen ein Postulat gegen die Abschaffung der kostenlosen Entsorgungscoupons ein.

4. September: Die AL reicht gemeinsam mit Freund:innen über 5500 – selbst gesammelte – Unterschriften zur Umsetzungs-Initiative für mehr preisgünstige Wohnungen ein. Danke an alle Sammler:innen und Unterstützer:innen!

11. September: Alle Flussbadis in der Stadt sind kostenlos, bis auf die Frauenbadi. Die AL-Gemeinderatsfraktion will das ändern und fordert die Abschaffung der Eintrittskosten.

16. September: Die Kantonsratsfraktion reicht eine Motion zur Abschaffung des Langzeitgymis ein.

23. September: Nach dem Ja des Kantonsrats zur Senkung der Unternehmenssteuern beteiligt sich die AL am Referendum von Linksgrün und EVP.

24. September: Nach dem Nein zu einem AL-Vorstoss im Gemeinderat beschliesst die Vollversammlung der AL einstimmig die Lancierung der Volksinitiative «ewz-Bonus für alle – 80 Millionen Franken Volksdividende».

28. September: Der Stadtrat lehnt zwar die AL-Motion für ein Verbot kommerzieller Plakate ab, ist aber bereit für ein Moratorium digitaler Plakatwerbung bis 2030.

Finanzen

Damit wir unbequem bleiben können, sind wir dankbar für jede Spende: Alternative Liste Zürich, IBAN: CH53 0900 0000 8706 3811 5

Hallo Genderstern!



Der Genderstern bewegt uns alle. Zweifelsohne politisch in Wallung gerät bei diesem Symbol Susanne Brunner (SVP). Sie hat deshalb die Volksinitiative

«Tschüss Genderstern» lanciert. Darin wird u.a. verlangt, dass die Stadtverwaltung in ihrer öffentlichen Kommunikation keine Sonderzeichen innerhalb eines Wortes brauchen darf. Damit soll die Verwendung des Gendersterns radikal verunmöglicht werden. Bleibe dieser – wie in den letzten zwei Jahren – im Gebrauch, sei die Meinungsfreiheit als solche gefährdet.

Susanne Brunner & Co. führen zwar einige sprachliche Gründe für das Verbot des Sterns auf. In Tat und Wahrheit bedient sich die SVP-Exponentin alter reaktionärer Strategien, um von wichtigen Themen abzulenken. Mittels ihrer hochemotionalisierten Rhetorik reproduziert die SVP-Initiative die Botschaften des US-amerikanischen Kulturkampfes. Das Ringen um den Genderstern steht für eine fortlaufende Schlacht gegen eine «woke Elite», die mittels akademischem «Sprachdiktat» zuerst die Meinungsfreiheit und danach alle weiteren von uns geliebten Körperteile kastrieren wird.

Darunter versteckt sich aber die Unfähigkeit der SVP, valable Antworten auf die komplexen Genderfragen des 21. Jahrhunderts zu liefern. Susanne Brunner möchte geschlechtliche Minderheiten (sprachlich) «ausradieren», ja. Aber was kommt dann? Dazu schweigt Susanne. Ebenso lenkt ihr genderaufgebauchter Bombast davon ab, dass die SVP – erneut – den Fortschritt der geschlechtlichen und sexuellen Rechte zu verhindern versucht. Nachdem sie sich gegen das neue Eherecht und die Ehe für alle gestellt hat, kommen nun die trans Menschen in den Genuss, an den «sonnigen» Pranger gestellt zu werden.

Die Vollversammlung hat dieses Manöver erkannt und empfiehlt deshalb einstimmig ein lustvolles Nein an der Urne, damit die SVP auch diesen gesellschaftlichen Fortschritt nicht stoppt.

David Garcia Nuñez,
AL-Gemeinderat

EFAS – Fluch oder Segen?

Am 24. November stimmt die Schweiz über die Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) ab. Um was geht es genau?

Die Schweiz hat eines der besten Gesundheitswesen der Welt, mit breitem Leistungskatalog für alle und kurzen Wartezeiten. Die Kosten im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt (BIP) liegen im Mittelfeld der Industrieländer. Im Gegensatz dazu haben wir die unsozialste Finanzierung weit und breit! Mit den leidigen «Kopfprämien», Selbstbehalt, Franchisen, Spital- und Pflegeheim-Beteiligungen und ungedeckten, notwendigen Leistungen wie Brillen, Hörgeräten, Zahnbehandlungen usw. bezahlen wir 50% der Kosten, egal ob arm oder reich. Der Staat trägt, mit einkommensabhängigen Steuergeldern, nur knapp einen Drittel der Kosten – ein Minusrekord!

Was hat das mit EFAS zu tun? Bis jetzt bezahlen die Krankenkassen 100 % der ambulant und 45 % der stationär erbrachten Leistungen; der Staat übernimmt 55 % der stationären Rechnungen. Dieser uralte Kostenschlüssel ist überholt. Gewisse kleinere Operationen könnten heute ambulant günstiger durchgeführt werden, doch muss die Krankenkasse dafür 100 % zahlen, für die teurere stationäre Variante aber nur 45 %. Konsequenz: Krankenkassen wie Versicherte (Selbstbehalt!) haben kein Interesse an der günstigeren ambulanten OP. Deshalb wurde schon vor 15 Jahren eine Einheitliche Finanzierung Ambulant Stationär (EFAS) gefordert.

Wie funktioniert EFAS? Der Kanton soll 26,9% und die Kassen 73,1% der ambulanten UND stationären Kosten bezahlen. Im stationären Bereich fliessen die Staatsgelder nicht mehr an die Spitäler, sondern direkt an die Krankenkassen, die hier neu die Kostenkontrolle überneh-

men. Aufgrund des fixen Verteilschlüssels beteiligt sich der Staat nicht mehr an der Restfinanzierung von Spitalern und vor allem der Pflegekosten, die auf Druck der Kantone in EFAS integriert wurden.

Die grosse Frage: Führt der EFAS-Schlüssel zu höheren oder tieferen Krankenkassenprämien? Im besten, aber äusserst unwahrscheinlichen Fall würden die Prämien dank ambulant günstigeren Operationen sinken. Mit der Integration der stark wachsenden Pflegekosten droht jedoch gleichzeitig ein gewaltiger Prämien Schub, weil die Kantone nur noch ihren Fixanteil und nicht mehr, wie bisher, ungedeckte Restkosten übernehmen.

Die Krankenkassen als – demokratisch nicht legitimierte – Verwalter unserer obligatorischen Grundversicherung kontrollieren nicht mehr nur ambulante Leistungserbringer:innen, sondern neu auch Spitäler und Heime. Mit der Ablehnung von Kostengutsprachen können sie diese unter Druck setzen, die Kosten zu senken. Dies beeinflusst die Behandlungspfade, kann die Arbeitsbedingungen im personalintensiven Pflegesektor verschlechtern und damit die Betreuungsqualität mindern.

Bürgerliche Gesundheitspolitiker:innen predigen seit Jahrzehnten, die Kosten müssten gesenkt werden, um die Prämienlast zu verringern. Das hat noch nie funktioniert, weder mit höheren Franchisen noch der Spitalfinanzierung mit den berüchtigten Fallkostenpauschalen (DRG). Es steht zu befürchten, dass das auch mit EFAS nicht gelingen wird. Dann werden wir EFAS ebenso wenig wieder los, wie die Spitalfinanzierung.

Darum stimmen wir klar NEIN!

David Winizki,
AL-Gesundheitsgruppe



Natasha Wey vom VPOD stellt die EFAS-Vorlage an der VV vor (Bild: Dafina Gash)